

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 179 (2013)

Heft: 1-2

Artikel: Das Armee-Phantom

Autor: Froidevaux, Denis

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327620>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Armee-Phantom

Zahlreiche entscheidende Baustellen stehen im Jahr 2013 an, so die Abstimmung über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm 2012 und damit verbunden das mögliche Referendum gegen die Schaffung des Gripen-Fonds im Jahr 2014, ferner die Fortsetzung der Arbeiten an der Weiterentwicklung der Armee (WEA).

Denis Froidevaux

Bleibt der Budgetrahmen bei den vom Bundesrat postulierten 4,4 Mia, wird es ein hartes Ringen geben. Für eine glaubwürdige Armee müssen Mittel und geforderte Leistung im Gleichgewicht sein. Wir stehen vor einem schwierigen Entscheid: Akzeptieren wir die Schaffung einer Bonsai-Armee?

Die allgemeine Lage

Mehr noch als andernorts sucht die Schweiz nach dem sicherheitspolitischen Konsens. Ist er nicht fast unmöglich, so wie das traditionelle Hickhack zwischen Links und Rechts uns intellektuell und doktrinär einschnürt?

Die Art, wie die Debatte abläuft, beelendet. Der Missbrauch des Initiativrechts dieser Gruppe, deren Ziel – überflüssig es zu wiederholen – die Abschaffung der Armee ist, blockt jede Form von Dialog ab und damit auch nötige Überlegungen zur Modernisierung der allgemeinen Wehrpflicht. Mit diesen Extremisten wird jeglicher Pragmatismus von vornherein ausgeschlossen. Dabei verdienen Sicherheitspolitik und Armee viel mehr als solche verbale Schlachten.

Überzeugt hat der Entscheid des Nationalrates. In der Wintersession setzte er mit der Ablehnung der GSoA-Initiative ein klares Signal.

Die gegnerischen Möglichkeiten

Seit Ende des Kalten Krieges haben sich die bewaffneten Konflikte über den Globus vervielfacht, die Krisen steigen exponentiell und die Katastrophen aller Art nehmen in beängstigender Art und Weise zu.

Vor welchen Gefahren haben wir uns zu wappnen? Erwähnt sei die Zunahme rechtsfreier durch radikale islamistische Gruppen beherrschter Räume. Dann die

nukleare chemische Proliferation (zum Beispiel das Verschwinden chemischer Waffen in Syrien) und die ballistische Proliferation (Abschuss einer Interkontinental-Rakete durch Nordkorea am 12. Dezember 2012) oder das Wiederkehren grösserer zwischenstaatlicher Konflikte im asiatischen Raum. Soll man ferner die Augen verschliessen vor den instabilen Ländern am Rande Europas oder angesichts schwankender Staaten in Europa selbst, ganz zu schweigen von den wachsenden Gefahren im Cyberspace? Können wir einfach ignorieren, dass die Rüstungsausgaben sich in den letzten zwanzig Jahren weltweit quasi verdoppelt haben? Sicherheit für alle Ewigkeit?

«Die Welt, die Gefahren, sie verändern sich, aber das Grundbedürfnis bleibt: unserm Land Schutz und Wahrung seiner strategischen Interessen zu erhalten.»

Kurz, die Regel der drei K war nie so aktuell wie jetzt: Katastrophen, Krisen, Konflikte.

Konflikte? Ja, Konflikte, die sich in einer neuen Form abspielen. Sie sind eigentlich schrecklich konventionell, aber gleichzeitig stützen sie sich ab auf spektakuläre Technologien, die nach einer neuen Definition der Kriegsregeln rufen. Der Einsatz des Cybervirus im Konflikt zwischen Israel und Iran ausserhalb einer «offiziellen» Kampfform oder der Gebrauch von Drohnen für Mordanschläge mögen als Beispiele genügen.

Wir müssen uns mit den Risiken und Bedrohungen der heutigen Welt auseinandersetzen. Ausserhalb jeglichen politi-

schen Dogmas haben wir darauf die besten politischen und militärstrategischen Antworten zu finden. Die Welt, die Gefahren, sie verändern sich, aber das Grundbedürfnis bleibt: Unser Land schützen und ihm seine strategischen Interessen bewahren. Es trägt einen Namen: Sicherheitspolitik. Dieses System wirkt wie eine Kette: Sie ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Kein Staat kann sich den Luxus leisten, die Armee zum schwächsten Glied verkommen zu lassen!

Politisches Umfeld

Angesichts dieser Tatsachen beobachtet man mit Unmut, wie der Bundesrat sich von ideologischen und idealistischen Strömungen treiben lässt und munter nicht nur das POUVOIR faire unserer Armee sondern auch ihr SAVOIR faire auf dem Altar der Finanzen opfert.

Er will die Bevölkerung glauben machen, dass eine Armee «Canada Dry» reiche. «Canada Dry» will heissen, sie hat den Geschmack und die Form einer Armee, sie ist aber keine, weil sie von den nötigen Ressourcen entblösst ist.

Attacken fallen auf fruchtbaren Boden. Das haben die Strategen der GSoA erkannt und eine neue Initiative lanciert. Diesmal greifen sie die Militärdienstpflicht gemäss Artikel 59 BV an und fordern ihre Abschaffung.

Die Strategen dieser linken Bewegung haben nichts Gescheiteres im Sinn, als die Verankerung der Armee in der Bevölkerung zu schwächen oder noch schlimmer, schlicht und einfach die Armee abzuschaffen.

Man täusche sich nicht, die Annahme der Initiative hätte Folgen weit über die Armee hinaus. Es ist das System Schweiz, das im Visier steht, es geht letztendlich um die Rolle, die dem Bürger gegenüber dem Staat zukommt.

Gebetsmühlenartig und ohne eine Miene zu verziehen, predigen die Mitglieder

der GSoA, dass sie die Armee nicht abzuschaffen wünschen. Aber die Rekrutierung sei für die jungen Schweizer diskriminierend, sie komme Zwangsarbeit gleich, alle andern Länder hätten dieses Wehrmodell aufgegeben, die künftige Armee könne ohnehin nicht mehr alle Ausgehobenen aufnehmen, wir seien sowieso vor allen Risiken und Gefahren für die Ewigkeit geschützt und last but not least – gemäss ihrem Vordenker Joe Lang – die wahre Miliz gründe auf Freiwilligkeit (Le Temps 10.12.12).

Man glaubt zu träumen, doch es ist kein Traum! Unterschätzen wir die Argumente dieser Gegner einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik der Schweiz nicht, setzen wir uns mit ihnen auseinander. Man muss das Volk mit Fakten überzeugen und nicht über die Begründungen der GSoA lästern.

Unsere Hauptargumente

- Das Wehrmodell muss immer im Einklang stehen mit der sicherheitspolitischen Strategie. Die Länder, welche die Wehrpflicht aufgegeben oder ausgesetzt haben, wie z. B. Frankreich oder Deutschland, haben beschlossen, ausserhalb ihrer Grenzen für ihre Sicherheit zu sorgen und Einsätze out of area, oft unter Führung der USA, zu leisten. Die Schweiz hat sich nicht für diesen Weg entschieden.
- Deutschland hat, nach Aussetzung der Wehrpflicht, gerade mal 14% für den freiwilligen Militär- und den Zivildienst gewinnen können. Dieser Prozentsatz auf schweizerische Verhältnisse übertragen, ergäbe 4900 Personen pro Jahr, also fünf Mal weniger als heute. In Deutschland meldeten sich zudem bloss 0,5% zum freiwilligen Zivildienst. Freiwilligkeit in der Armee ist gleich Karies an einem gesunden Gebiss ...
- Auch qualitativ würde die freiwillige Rekrutierung nicht funktionieren. Es ist selbstverständlich, dass die besten Leute Karriere, Familie und Finanzen höher gewichten würden.
- Die Kaderselektion würde die Leistungen gefährlich nach unten nivellieren.
- Das bereits heute gefährdete Gleichgewicht zwischen den Regionen, Sprachen, Kulturen und sozialen Schichten wäre schwierig zu halten.
- Es gibt ein Beispiel für die freiwillige Miliz in unserem Land, die Frauen in der Armee. Ihnen gebührt Respekt;

aber die kaum 100 Anmeldungen pro Jahr zeigen die Grenzen eines auf Freiwilligkeit bauenden Systems auf.

- Die Leistungen eines Sicherheitskonzepts, das auf solchen Voraussetzungen basiert, sind gefährdet. Das ist im Bereich der Sicherheit schlicht nicht zu verantworten.
- Es würde bedeuten, dass die einzige strategische Reserve eines sicherheitsmässigen Schönwetter-Systems unfähig wäre, ihren Auftrag zu erfüllen; sie käme vermutlich zu spät, mit weniger Mitteln und ohne Ausdauer.

Seien wir ehrlich, kein Kanton kommt ohne das Prinzip der Subsidiarität aus, kein Kanton kann auf diese strategische Reserve, eben die Armee, verzichten. Es ist also klar, dass dieses Freiwilligenmodell die Lasten auf die Kantone verschöbe mit unberechenbaren Folgen sowohl finanzieller wie personeller Natur.

Bleibt die Option der Professionalisierung, die Anpassung des Artikels 58 der Bundesverfassung vorausgesetzt.

Eine Berufsmiliz passt nicht zur Schweiz. Warum?

- Weil eine Berufsmiliz ein Staat im Staat ist, was in einem Land mit 8 Mio Einwohnern zu einer Verwischung der Kompetenzen zwischen Bundesrat, Parlament und Armeeführung führt, ganz zu schweigen vom Föderalismus und der wichtigen Rolle der Kantone;
- Weil der Verlust der demokratischen Kontrolle offensichtlich ist. Im Grunde gehört die Milizarmee dem Volk, für eine Berufsmiliz gilt das nicht mehr;
- Weil der Verlust der Verantwortung des Bürgers für das kollektive Schicksal sehr schwer wiegt;
- Weil die Rekrutierung von Qualität in der Schweiz nicht machbar sein wird. Länder wie Spanien, Frankreich, Schweden, Deutschland, Belgien zeigen, dass der Verzicht auf die Wehrpflicht quasi zum Bankrott der Rekrutierung führt;
- Weil die Finanzierung sehr problematisch sein wird. Die Saläre beanspruchen für sagen wir 30 000 Angehörige der Armee allein schon 3 Milliarden. Eingekleidet sind sie damit noch nicht;
- Weil der für das Leistungsprofil nötige Bestand niemals finanziert werden kann;
- Weil eine Berufsmiliz der Flexibilität entbehrt oder anders gesagt, was macht man während 365 Tagen im Jahr mit ihr?

- Weil die an eine Berufsmiliz gebundene Doktrin Auslandseinsätze umfasst, welche alle Länder, die auf die Wehrpflicht verzichten, leisten. Hat eine solche Option die leiseste Chance vor dem Volk?

Und schliesslich vergessen wir nicht, was die Stärke der Miliz ausmacht. Es ist die Kapillarwirkung zwischen den Kenntnissen, die der Bürger-Soldat mitbringt. Das ist unschlagbar in einem kleinen Land wie der Schweiz.

Unser Einsatz als Bürger 2013

Aus all diesen Gründen wird die Schweizerische Offiziersgesellschaft aktiv bleiben und ihre Kräfte in erster Linie auf die Kampagne gegen die GSoA-Initiative konzentrieren. Und ruft Sie auf, es ihr gleich zu tun. Wir müssen aus der schweigenden Mehrheit heraustreten und uns als verantwortungsbewusste Bürger vernehmen lassen.

Welchen Grad, welche Funktion, welches Alter, welches Geschlecht Sie auch haben, Sie können die Kampagne finanziell unterstützen. Darauf wurden Sie sicher schon angesprochen, und ich danke Ihnen herzlich für die Hilfe. Sollte dies noch nicht der Fall gewesen sein und wünschen Sie uns zu unterstützen, können Sie eine Spende einbezahlen an die Stiftung der Offiziere der Schweizer Armee mit der folgenden Adresse:

Stiftung der Offiziere der Schweizer Armee
Bielstrasse 12, 4500 Solothurn
UBS Solothurn
IBAN: CH380026226210411901K

Aber Geld allein reicht nicht. Wir brauchen Ihre Unterstützung in den kantonalen Komitees.

Vom Februar 2013 an werden Sie die nötigen Informationen auf der Homepage der Kampagne finden oder auch bei den Präsidenten der Kantonalen Offiziersgesellschaften und ihren Sektionen.

Wir brauchen Sie alle, und das ist erst der Anfang, denn 2014 kommt es wohl zum möglichen Referendum gegen den Gripen-Fonds.

Noch später wird es um das strategische Gleichgewicht zwischen Mitteln und Leistungen gehen. Die SOG hat hier den roten Strich gezogen bei 100 000 Angehörigen der Armee und 5 Milliarden. Was darunter liegt, ist aus unserer Sicht unannehmbar. ■